



Interviews

Datum: 13. April 2023

Tekin Nasikkol im Gespräch mit Barbara Schmidt-Mattern

Barbara Schmidt-Mattern: Übermorgen, am kommenden Samstag gehen die letzten drei Atommeiler in Deutschland vom Netz. Damit steigen wir aus der Atomkraft aus. Auf dieses Datum, den 15. April, hat sich die Ampel-Koalition vergangenen Herbst nach einer scharfen Kontroverse geeinigt.

Die Debatte um die Kernkraft ist damit aber keineswegs beendet. Unter anderem einige Wirtschaftsverbände warnen vor einer Versorgungslücke.

Ist diese Sorge vor einer Energieknappheit der deutschen Industrie berechtigt – sei es nun beim Strom, sei es aber auch künftig beim grünen Energieträger der Zukunft, beim Wasserstoff? – Darüber kann ich jetzt sprechen mit Tekin Nasikkol, Vorsitzender des Gesamtbetriebsrates von ThyssenKrupp Steel Europe. Die Stahlsparte des Unternehmens zählt zu den besonders energieintensiven Industrien. In Duisburg wird der Stahl gekocht, der in unseren Autos, Waschmaschinen oder auch in unseren Kühlschränken landet. – Guten Morgen, Herr Nasikkol.

Tekin Nasikkol: Schönen guten Morgen!

Schmidt-Mattern: Ist der deutsche Atomausstieg in dieser Woche aus Ihrer Sicht der richtige Schritt?

Nasikkol: Das ist jetzt eine sehr politische Frage. Die Entscheidung ist jetzt gefallen und ich weiß, in der öffentlichen Debatte wird das Thema sehr ideologisch geführt. Von daher sollten wir perspektivisch nach vorne schauen und zusehen, dass die deutsche Industrie wettbewerbsfähige Energiepreise hat, damit wir auch das, was wir vor uns haben, nämlich die Transformation der Industrie, erfolgreich umsetzen können.

Schmidt-Mattern: Wettbewerbsfähige Preise, das ist genau die Sorge, die jetzt einige Wirtschaftsvertreter umtreibt, dass das nicht nur die Preise verdirbt, sondern auch eine Versorgungslücke entstehen könnte, gerade bei den energieintensiven Industrien, aber auch der Mittelstand hat Befürchtungen. Teilen Sie diese Sorge?

Nasikkol: Bei dem Thema Versorgungslücke würde ich jetzt die Meinung in der Form erst mal so nicht teilen. Wir haben ein sehr stabiles Netz in der Bundesrepublik Deutschland. Das ist gut. Das Gute ist auch, dass wir hier in Duisburg mit unserer Hochofentechnologie in der Lage sind, bis zu 85 Prozent unseren eigenen Strom zu produzieren. Aber das wird bald der

Vergangenheit angehören. Wir werden perspektivisch die Hochöfen umrüsten, umbauen in moderne CO2-freie Technologien. Das sind die sogenannten Direktreduktionsanlagen. Dann sind wir im höheren Maße abhängig vom öffentlichen Netz, was Strom und so weiter angeht. Aber erst mal haben wir ein sicheres Netz. Das ist gut. Aber unsere Sorge ist, was macht der Ausstieg mit den aktuellen Industriestrompreisen.

Schmidt-Mattern: Noch mal zur Erläuterung, damit wir das auch verstehen. Wird bei Ihnen im Unternehmen Atomstrom eingesetzt und wie wollen Sie ihn in Zukunft ersetzen?

Nasikkol: Wir in Duisburg haben unsere Technologie mit den Hochöfen. Das ist diese etwas ältere Technologie, die wir ja bald umrüsten wollen. Da sind wir in der Lage, die Industrieprozessgase, die da entstehen, werden in den Kraftwerken zu Strom umgewandelt. Das heißt, zu 85 Prozent produzieren wir unseren eigenen Strom. Da sind wir fast autark. Den Rest beziehen wir aus dem öffentlichen Netz. Aber wir sind, was Strom angeht, erst mal auf der sicheren Seite. Unsere Sorge sind erst mal die gesamten Energiekosten, die Stromkosten, und da geht es auch um die Industriestrompreise. Das entscheidet hier wesentlich über unser Geschäftsmodell, wird es weiterhin Stahlproduktion in der Größenmenge in Deutschland und in Europa geben, ja oder nein.

Schmidt-Mattern: Dann gehen wir mal ein bisschen weg von der Atomkraft und blicken auf den Wasserstoff, den Energieträger der Zukunft, gerade wenn der Wasserstoff grün ist und es um grünes Wirtschaften geht. Ihr Unternehmen ThyssenKrupp, die Stahlsparte will künftig grünen Stahl herstellen. Haben Sie dafür ausreichend Energie, sprich Wasserstoffenergie?

Nasikkol: Erst mal muss man sagen, der Wasserstoff muss erst mal hergestellt werden, und dazu braucht man unendlich viel Energie und dann nicht nur normale Energie, sondern, wenn der Wasserstoff irgendwann mal grün sein soll, braucht man nachhaltige Energie, und das ist eine Herausforderung. Heute haben wir nicht genügend davon, aber wir steigen in die Transformation gerade ein. Das heißt nicht nur wir in Duisburg, sondern viele andere Standorte, ob es Salzgitter ist, machen dasselbe wie wir. Da braucht man sehr, sehr viel nachhaltige grüne Energie, um am Ende diesen grünen Wasserstoff herzustellen. Ich gehe aber davon aus, dass wir auch weiterhin grünen Strom wahrscheinlich aus dem Ausland importieren werden, oder den grünen Wasserstoff, und da gibt es ja viele Initiativen, was auch richtig ist.

Schmidt-Mattern: Sie sprechen von Importen aus dem Ausland. Schaffen wir da neue Abhängigkeiten, etwa, wenn wir auf Wasserstoff aus Nordafrika zum Beispiel angewiesen

sind oder aus anderen sonnigen Erdregionen, wo der Wasserstoff überhaupt erst gewonnen wird und dann ja erst mal nach Europa muss?

Nasikkol: Ja, das ist auch ein sehr politisches Thema bezüglich der Abhängigkeiten. Ich glaube, die einseitige Abhängigkeit, was das Thema Gas angeht von Russland, ist vielen eine Lehre gewesen. Das war, glaube ich, keine gute Maßnahme, keine gute Idee. Ich glaube, dass die Politik das jetzt besser im Blick hat und ihre Abhängigkeiten nicht nur auf ein Land bezieht, sondern das wird sich wahrscheinlich auf viele Länder konzentrieren. Aber ich sage nur eins: Man soll sich nicht nur auf andere Länder konzentrieren, weil die geopolitische Situation ist echt zum verrückt werden. Deutschland ist ein Industrieland und Deutschland muss einen großen Anteil eigenen Wasserstoff und Strom produzieren. Daher sage ich, man soll sich nicht nur aufs Ausland konzentrieren, sondern sollte zusehen, dass hier in Deutschland, einem Industrieland, investiert wird und die Rahmenbedingungen geschaffen werden, damit hier die Arbeitsplätze erhalten bleiben. Es geht ja auch um Industriearbeitsplätze und die Sorge um eine Deindustrialisierung, wenn die Arbeitsplätze irgendwann mal ins Ausland verschwinden.

Schmidt-Mattern: Nun sind wir, Herr Nasikkol, eigentlich noch Jahre davon entfernt, eine ausreichende Wasserstoffproduktion vor Ort in Deutschland aufzubauen, um langfristig grün wirtschaften zu können. Warum setzen Sie trotzdem auf grünen Stahl, wenn die Unwägbarkeiten so groß sind?

Nasikkol: Weil es alternativlos ist. Der Klimawandel ist real und den sehen wir ja auch und die Stahlindustrie emittiert extrem viel CO₂. Das ist nicht gut. Aber das Gute ist, wir haben auch den größten Hebel. Das heißt, wir haben den größten Hebel hier in Duisburg und in der Stahlindustrie, Duisburg als größter Stahlstandort Deutschlands und Europas hat den größten Hebel, um CO₂ in Deutschland und in Europa zu reduzieren. Deswegen setzen wir voll darauf. Die Technologie existiert. Die Rahmenbedingungen müssen nur von der Politik geschaffen werden. Dann sind wir dazu in der Lage. Wir sind auch dazu bereit. Wir haben gerade auch eine Entscheidung getroffen, dass wir unsere erste Direktreduktionsanlage auf Wasserstoffbasis zukünftig hier in Duisburg bauen. Das ist wunderbar. Das wird auch volkswirtschaftlich für die Bundesrepublik Deutschland Großes bewegen und schafft auch Wirtschaftswachstum. Das sind die richtigen Entscheidungen und da muss die Politik weiter helfen. Aber all das funktioniert nur, kann ich Ihnen sagen, wenn wir wettbewerbsfähige Energiepreise hier in Deutschland haben. Es kann nicht sein, dass China, USA und Indien fünfmal niedrigere Energiekosten haben als wir. Damit ist der Wirtschaftsstandort Deutschland irgendwann nicht mehr attraktiv und da muss die Politik Lösungen finden.

Schmidt-Mattern: Das wäre genau meine Frage. Ist denn grüner Stahl aus Duisburg auf dem Weltmarkt überhaupt wettbewerbsfähig gegenüber China und Indien?

Nasikkol: Der ist wettbewerbsfähig an dem Tag, wenn wir wettbewerbsfähige Preise hier in Deutschland kriegen. Das ist eine höchst politische Entscheidung. Da muss die Politik Wege finden. Von daher wirft jetzt die aktuelle Debatte mit Atomausstieg mit Sicherheit bei dem einen oder anderen Fragen auf, ob das der richtige Zeitpunkt ist. Aber da will ich mich jetzt nicht einmischen. Ich will jetzt nach vorne blicken. Die nachhaltige Energieerzeugung muss jetzt ganz schnell ausgebaut werden und die Politik muss Rahmenbedingungen schaffen, dass die industrielle Basis hier in Deutschland weiter erhalten bleibt. Das ist ihre Kernaufgabe und dafür plädiere ich. Wir wollen, dass die Arbeitsplätze hier in Deutschland bleiben und dass die Industriearbeitsplätze hier sind und dass wir die Technologien und Industrie hier weiter entwickeln können.

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.